

Orientierung am Gemeinwohl: Politische Optionen

(2026-05-26)

Gemeinwohl-Produkt und regionale Gemeinwohl-Indizes

- Maßnahmenbeschreibungen inkl. Beispiele
- Wirkung der Maßnahmen

Gemeinwohl-Bilanz für Organisationen

- Maßnahmenbeschreibungen inkl. Beispielen
- Wirkung der Maßnahmen

Gemeinwohl-Bilanz für Städte, Kreise und Gemeinden

- Maßnahmenbeschreibungen inkl. Beispielen
- Wirkung der Maßnahmen

Gemeinwohl-Produkt und regionale Gemeinwohl-Indizes

(a) Unterstützung durch Verwaltung & Infrastruktur

(1) Förderung von Pilotprojekten & Modellregionen

Maßnahmen: Bund und Länder richten gezielt Förderprogramme für Pilotregionen und Modellkommunen ein, die einen regionalen Gemeinwohl-Index erproben. Förderung umfasst Moderation von Beteiligungsprozessen, wissenschaftliche Begleitung, Datenaufbereitung und Öffentlichkeitsarbeit.

Beispiele: In Münster entwickelten Bürger:innen in zwei „Hansa-Konventen“ 2019 ein Stadtteil-Gemeinwohl-Produkt mit 20 Werten und Zielen. Der Prozess wird seit dem jährlich wiederholt. Marburg entwickelt einen Glücksindex, basierend auf den Prinzipien der Gemeinwohl-Ökonomie. Guarromán (Andalusien) und Floridsdorf (Wien) sind weitere Beispiele für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwohl-Index.

(2) Einrichtung von Gemeinwohl-Bürger:innenräten

Maßnahmen: Organisation und Finanzierung von Bürger:innenräten, die die Themenfelder und jeweiligen Indikatoren für einen Gemeinwohl-Index festlegen. Bürger:innen entwickeln, beraten von Expert:innen, welche Dimensionen für sie wichtig sind. Dies könnten z.B. Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Biodiversität, etc. sein.

(1)

Beispiele: Bürger:innenrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ (2021) – vom Bundestag eingesetzt, um außenpolitische Leitlinien demokratisch zu erarbeiten.

(3) Datenplattform & Tools

Maßnahmen: Aufbau einer zentralen Datenplattform (z. B. beim Statistischen Bundesamt) für die Erhebung, Visualisierung und den Vergleich der Gemeinwohl-Indikatoren. Entwicklung von Open-Source-Tools für Kommunen und Regionen, um ihre eigenen Indizes zu berechnen und mit anderen zu vergleichen. Politische Finanzierung für regelmäßige Datenaktualisierung und barrierefreien Zugang.

Beispiele: Analog: „SDG-Portal Deutschland“ – digitale Plattform, auf der Kommunen ihre Fortschritte bei den 17 SDGs messen können. Analog international: „OECD Better Life Index“ – Online-Tool, mit dem Bürger:innen Indikatoren gewichten können.

(b) Vorbildfunktion

(4) Regierungs- & Landesberichte

Maßnahmen: Deutschland wird Mitglied der Wellbeing Economy Governments (WEGo). Zudem wird der Bundes-Jahreswirtschaftsbericht zum Bundes-Jahresgemeinwohlbericht. Dieses beinhaltet ein „BIP-Kapitel“. Es muss ersichtlich sein, in welchen Bereich die Wirtschaft dem Gemeinwohl dient und in welchen nicht. Das Gemeinwohl-Produkt muss von den Bürger:innen selbst entwickelt worden sein und die Ergebnisse auf Indikatoren runtergebrochen und über die Jahre einfach vergleichbar sein. Somit ist es möglich einen Fortschritt zu messen und verständlich zu kommunizieren. Landesregierungen werden verpflichtet eigene Gemeinwohl-Indizes zu erstellen und veröffentlichen diese jährlich. Ziel muss sein, dass nach 5 Jahren mindestens 50% der Menschen das Gemeinwohl-Produkt kennen und verstehen.

Beispiele: Das Bruttonationalglück in Bhutan wurde per Gesetz eingeführt und Grundlage für staatliche Planung. Die Regierung in Neuseeland veröffentlicht regelmäßig einen Wellbeing Budget, der über soziale und ökologische Indikatoren berichtet. Schottland, ebenfalls Mitglied der Wellbeing Economy Governments (WEGo) Initiative, entwickelt eigene Wohlstandsindikatoren jenseits des BIP.

(c) Rechtliche Verankerung

(5) Integration ins Statistikgesetz

Maßnahmen: Änderung des Bundesstatistikgesetzes, sodass das Statistische Bundesamt verpflichtet wird, regelmäßig das Gemeinwohl-Produkt zu erheben und zu veröffentlichen. Finanzierung und methodische Weiterentwicklung werden dauerhaft gesichert.

Beispiele: Deutschland – Umweltökonomische Gesamtrechnungen (UGR): Bereits gesetzlich im Statistikgesetz verankert und jährlich erhoben.

(6) Integration in Haushalts- & Planungsprozesse

Maßnahmen: Verankerung in Bundes- und Landesgesetzen: Politische Programme, Haushaltspläne und Investitionen müssen künftig eine „Gemeinwohl-Folgenabschätzung“ enthalten. Vergleichbar zur Pflicht, Klima- und Nachhaltigkeitsfolgen zu berücksichtigen. Mitgliedsstaaten der EU müssen nach dem EU – Green Budgeting Framework Klima- und Nachhaltigkeitsziele in Budgetprozessen berücksichtigen. Das Gemeinwohl-Produkt kann diese Ziele bieten.

Beispiele: Deutschland – Klimavorbehalt in Haushaltsplänen: Klimaschutz wird zunehmend verpflichtend in Haushaltsplanungen einbezogen. Schottland – National Performance Framework: Gemeinwohl-Indikatoren sind in die nationale Haushaltsplanung integriert.

(d) Finanzielle Förderung / Anreizsysteme

(7) Bonus-System: Gemeinden erhalten bevorzugten Zugang

Maßnahmen: Kommunen und Regionen, die ein Gemeinwohl-Produkt bzw. einen Gemeinwohl-Index einführen, erhalten Vorteile bei Fördermitteln. Integration in Bundes-Förderprogramme (z. B. Städtebauförderung, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, EFRE-/ESF-Mittel). Bonus-System funktioniert über zusätzliche Punkte im Bewertungsverfahren, höhere Fördersätze oder bevorzugte Auswahl.

Beispiele: Smart Cities Modellprojekte (BMI): Kommunen mit klaren Nachhaltigkeits- und Digitalisierungsstrategien hatten Vorteile in der Förderauswahl. EU – LEADER-Programm: Lokale Aktionsgruppen mit starken Nachhaltigkeitskonzepten wurden bei Mittelvergabe bevorzugt.

Wirkung der Maßnahmen

Output:

- Erste Pilotregionen, Kommunen und Bürger:innenräte entwickeln messbare Gemeinwohl-Indikatoren.
- Eine nationale Daten- und Vergleichsinfrastruktur wird geschaffen und öffentlich zugänglich.
- Ministerien, Verwaltungen und Forschungseinrichtungen verfügen über standardisierte Indikatoren zur Erfassung des gesellschaftlichen Fortschritts.
- Der jährliche Gemeinwohl-Bericht schafft politische Sichtbarkeit und Medienaufmerksamkeit.
- Förder- und Finanzierungslogiken beginnen, Gemeinwohlkriterien zu berücksichtigen.

Outcome:

- Das Gemeinwohl-Produkt etabliert sich als ergänzende politische Steuerungs- und Kommunikationsgröße neben dem BIP.
- Bürger:innenräte und Modellregionen schaffen Legitimität und gesellschaftliche Akzeptanz für die neuen Indikatoren.

- Politik- und Haushaltsentscheidungen werden stärker an sozialen, ökologischen und demokratischen Zielgrößen ausgerichtet.
- Verwaltungs- und Forschungsstrukturen verankern das Prinzip der Gemeinwohlmessung dauerhaft.
- Förderprogramme orientieren sich zunehmend an tatsächlichem gesellschaftlichen Nutzen statt an reinem Wirtschaftswachstum.

Impact:

- Der Erfolg staatlichen Handelns wird anhand des realen gesellschaftlichen Wohlergehens gemessen, nicht allein am BIP.
- Demokratische Beteiligung, Transparenz und evidenzbasierte Politik gewinnen an Vertrauen und Wirkungskraft.
- Sozial gerechte, ökologische und resiliente Entwicklung wird zur Leitlogik staatlicher Planung und wirtschaftlicher Steuerung.
- Deutschland wird Teil einer internationalen Bewegung hin zu „Wellbeing Economies“, in denen Fortschritt am Gemeinwohl orientiert ist.

Gemeinwohl-Bilanz für Organisationen

(a) Direkte Unterstützung / Infrastruktur

(8) Finanzielle Förderung der ersten Gemeinwohl-Bilanzerstellung bei KMUs

Maßnahmen: Aufstellen eines Fördertopfs (Z.B.: Übernahme Auditkosten, Personalkosten, Beratungskosten für die Etablierung und Integration der Gemeinwohl-Bilanz für ein gemeinwohlorientiertes Managementsystem)

Beispiele: Land Niedersachsen erarbeitet eine Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie. Stadt Köln finanzierte in zwei Runden je zehn Unternehmen die Beratung zur Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz. Beratung zur Gemeinwohl-Bilanzierung könnte explizit als förderfähiges Themenfeld bei der BAFA-Förderung aufgenommen werden. Die Stadt Köln hat 20 Organisationen und die Stadt Dortmund 13 Organisationen finanziell bei der Erstellung unterstützt.

Analoge Beispiele: Österreich (Bio-Kontrollkostenzuschuss deckt 80% der Zertifizierungskosten)

(9) Unterstützung durch die Verwaltung

Maßnahmen: Auf Bundesebene Informations- und Beratungskampagnen für KMUs über Nutzen und Ablauf der Bilanzierung. Darüber hinaus Kooperationen mit Wirtschaftsförderungen: Informationen zur Gemeinwohl-Bilanz und organisatorische Unterstützung bei Erstabbilanzen.

Beispiele: Eigene Halbtagsstelle und Website bei der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart, Weitere Wirtschaftsförderungen mit Unterstützung der Gemeinwohl-Ökonomie u.a. in Dortmund, Göttingen, Köln und Münster.

(10) Qualifizierung & Weiterbildung

Maßnahmen: Förderung von Auditor:innen und Berater:innen z.B. durch Übernahme von Ausbildungskosten. Hochschulprogramme für genügend Fachkräfte - Integration in Studiengänge Wirtschaft, Nachhaltigkeit, Verwaltung.

Beispiele: Ausbildungsprogramme für Auditor:innen und Berater:innen, bisher durch Eigenmittel getragen. Universität Valencia mit eigenem Lehrstuhl zur Gemeinwohl-Ökonomie. Universität Flensburg: Forschung und Lehre zu alternativen Wirtschaftsmodellen inkl. Gemeinwohl-Ökonomie. Darüber hinaus eigener Masterstudiengang an der FH Burgenland (Österreich), das Modul Angewandte Gemeinwohl-Ökonomie an der Fernhochschule Hamburg und die Integration der GWÖ in Studienplänen von zahlreichen Universitäten und Hochschulen.

(b) Vorbildfunktion

(11) Einführung bei allen staatlichen und kommunalen Betrieben

Maßnahmen: Alle Betriebe in öffentlicher Hand werden verpflichtet eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen. Da die Betriebe bereits verpflichtet sind einen DNK Bericht zu schreiben, bedeutet dies ein Wechsel von einem reinen Berichtsstandard hinzu einem ganzheitlichen Berichtsstandard inklusive Messung des Gemeinwohls, welcher zugleich als Grundlage für ein Nachhaltigkeitsmanagement dienen kann.

Beispiele: Bereits gemeinwohlabilanzierende öffentliche Betriebe sind zu finden in Aachen, Bremen, Dortmund, Göttingen, Hamburg, Köln, Mannheim, Marburg, München, Regensburg, Stuttgart, Tegernsee und Würzburg.

(c) Rechtliche Verankerung

(12) Gemeinwohl-Bilanz als Kriterium im Vergaberecht

Maßnahmen: Die Gemeinwohl-Bilanz umfasst soziale, ökologische, regionale und mitarbeiterbezogene Aspekte. Diese können in einzelne zuschlagsrelevante Kriterien übersetzt werden (z. B. CO₂-Reduktion, faire Löhne, Transparenz).

Öffentliche Auftraggeber:innen können Punkte vergeben, wenn Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsleistungen anhand anerkannter Standards nachweisen. Hier könnte die

[5]

Gemeinwohl-Bilanz als ein solcher Nachweis zugelassen werden (ähnlich wie EMAS oder ISO 14001).

Beispiele: In Österreich akzeptieren bereits mehrere Kommunen (z. B. Mäder, Nenzing) Gemeinwohl-Bilanzen als Nachweis in ihrer kommunalen Beschaffung.

(13) Wirkung als Vergabeprinzip

Maßnahmen: Outcome-Kriterium in Berliner Vergaberichtlinien verankern. Bei sozialrelevanten Aufträgen muss ein Mindestanteil der Bewertung (z. B. 30 %) auf Wirkungs-KPIs entfallen.

Beispiele: In Schottland ist im *Procurement Reform Act* (2014) festgelegt, dass öffentliche Aufträge zu „sustainable outcomes“ beitragen müssen. In England sind mit dem Social Value Act (2012) Vergabestellen verpflichtet, „social value“ (z. B. Beschäftigung, lokale Wertschöpfung, ökologische Wirkung) in die Bewertung von Angeboten einzubeziehen.

(14) Experimentierklausel für Innovations-Direktvergaben

Maßnahmen: Sonderregel für Innovations-/Gemeinwohlaufträge (z. B. Direktvergabe bis 100.000 € für Pilotprojekte mit Wirkungsfokus).

Beispiele: Hamburg hat eine „Experimentierklausel“ in seinem Vergabegesetz, mit der innovative Beschaffungsformen getestet werden dürfen, ohne dass das gesamte Vergaberecht geändert werden muss. So konnten z. B. Pilotprojekte im Bereich nachhaltige Mobilität direkt vergeben werden.

(d) Finanzielle Anreize

(15) Einfacherer (und kostengünstigerer) Zugang zu Krediten

Maßnahmen: Einführung eines Garantieinstrument für gemeinwohlorientierte Unternehmen. Dabei erhalten Banken eine öffentliche Absicherung für Kredite, die sie an Unternehmen mit klarer sozialer, ökologischer oder regionaler Wirkung vergeben. Dadurch sinkt das Risiko für Banken deutlich, und Unternehmerinnen und Unternehmer müssen weniger oder gar keine persönlichen Sicherheiten hinterlegen. Dieses System könnte wie in Frankreich mit einer Kooperation mit dem Europäischen Investitionsfond (EIF) ergänzt werden.

Beispiele: Frankreich (France Active: 80% Kreditgarantie; jährlich rund 300 Mio. € abgesichert); Das Land Berlin hat mit BBBsocial ein ähnliches Programm aufgesetzt. Analog gibt es für Gründer:innen den Mikromezzaninfonds III. Die NRW Bank ermöglicht einen Tilgungsnachlass von 20% bei Mikrodarlehen von bis zu 50.000€ für junge gemeinwohlorientierte Unternehmen.

(16) „Gemeinwohl-Ausgleich“ analog zum ehemaligen Spitzenausgleich

Maßnahmen: Staatlicher Ausgleich für Unternehmen, die ihre Gemeinwohl-Bilanz kontinuierlich verbessern.

Beispiele: Analog zur Spitzenausgleich-Effizienzsystemverordnung (SpaEfV). Das Prinzip wird erweitert von einer reinen Energiebetrachtung hinzu einer ganzheitlichen Gemeinwohlbetrachtung. Unternehmen mit einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess erhalten den Gemeinwohl-Ausgleich. Durch die SpaEfV konnten bis zu 90 % der Strom- und Energiesteuer, die den Selbstbehalt überstieg, erstattet werden. Im Jahr 2014 nutzten etwa 29.500 Unternehmen den Spitzenausgleich beim Stromsteueranteil. Für das Jahr 2022 plante die Bundesregierung, 9.000 energieintensive Unternehmen mit insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro zu entlasten.

(17) Eigener Körperschaftssteuersatz für gemeinwohlorientierte Unternehmen

Maßnahmen: Präzise Definition gemeinwohlorientierter Unternehmen und Bestätigung durch ein anerkanntes Zertifizierungssystem wie der Gemeinwohl-Bilanz. Einführung eines geringeren Körperschaftssteuersatz für gemeinwohlorientierte Unternehmen.

Beispiele: Gemeinnützige Organisationen (§ 51 ff. AO) sind von der Körperschaftsteuer vollständig befreit, wenn sie bestimmte Zwecke verfolgen. Der Gesetzgeber darf sachliche Differenzierungen vornehmen, wenn es ein legitimes Ziel gibt (z. B. Umwelt-, Sozial- oder Förderzwecke) und die Maßnahme verhältnismäßig (geeignet, erforderlich, angemessen) ist. Das BVerfG hat wiederholt steuerliche Sonderregelungen bestätigt. Gemeinwohlorientierte Organisationen könnten zwischen Gemeinnützigen und Konventionellen Organisationen eingeordnet werden.

(18) Differenzierter Gewerbesteuersatz

Maßnahmen: Einführung einer neuen steuerrechtlichen Kategorie „gemeinwohlorientierte Unternehmen“ im Gewerbesteuergesetz (GewStG) mit der Möglichkeit einer teilweisen Befreiung oder Ermäßigung der Gewerbesteuer.

Dazu könnte § 3 GewStG (Steuerbefreiungen) um einen neuen Tatbestand ergänzt werden. Der Gesetzgeber darf gemäß Art. 3 Abs. 1 GG (Gleichbehandlungsgrundsatz) sachlich differenzieren, wenn es ein legitimes Ziel gibt und die Regelung verhältnismäßig ist. Bereits heute bestehen zahlreiche steuerliche Differenzierungen mit ähnlicher Begründung: Gemeinnützige Organisationen (§ 3 Nr. 6 GewStG) sind vollständig befreit. Auch z. B. Landwirtschaft (§ 3 Nr. 6 GewStG), Berufsverbände (§ 3 Nr. 20 GewStG) etc.

Wirkung der Maßnahmen

Output:

- Mehr KMUs und öffentliche Betriebe erstellen erstmals eine Gemeinwohl-Bilanz.
- Verwaltungs- und Beratungsstrukturen zur Unterstützung sind dauerhaft etabliert.

- Hochschulen, Auditor:innen und Wirtschaftsförderungen verfügen über Fachwissen und Ressourcen zur Umsetzung.
- Öffentliche Beschaffung und Finanzierungssysteme berücksichtigen systematisch Gemeinwohl-Kriterien.
- Erste Pilotprojekte zeigen praktische Wirksamkeit (z. B. Gemeinwohlkriterien in Vergaben, Kreditvergabe, Steueranreize).

Outcome:

- Gemeinwohlorientierte Unternehmen gewinnen Marktvorteile und Planungssicherheit.
- Verwaltung, Wirtschaftsförderung und Hochschulen verankern das Gemeinwohlprinzip institutionell.
- Öffentliche Aufträge und Fördermittel fließen stärker in nachhaltige, soziale und regionale Wertschöpfung.
- Finanz- und Steuersysteme setzen sichtbare Anreize für sozial und ökologisch verantwortliches Wirtschaften.
- Die Zahl der gemeinwohlorientierten Organisationen wächst stetig, ebenso das öffentliche Vertrauen.

Impact:

- Wirtschaftlicher Erfolg wird zunehmend an gesellschaftlichem Nutzen gemessen.
- Die Gemeinwohl-Bilanz und das Gemeinwohlprinzip werden selbstverständliche Orientierungsgrößen in Verwaltung, Politik und Wirtschaft.
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt, ökologische Stabilität und demokratische Beteiligung werden gestärkt.

Gemeinwohl-Bilanz für Städte, Kreise und Gemeinden

(a) Unterstützung durch Verwaltung & Infrastruktur

(9) Einrichtung von Beratungsstellen

Maßnahmen: Bund oder Länder schaffen zentrale Anlaufstellen für Gemeinwohl-Bilanzen für Städte, Kreise und Gemeinden. Diese Stellen bieten Information, Erstberatung und Begleitung für Kommunen, die eine Bilanzierung starten wollen. Sie koordinieren außerdem Fördermittel, vermitteln Kontakte zu Auditor:innen und sammeln Best-Practices.

Beispiele: Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des BMUV – Kommunen erhalten dort zentrale Beratung und Unterstützung, wenn sie Klimaschutzkonzepte umsetzen wollen. Ausweitung des

Konzepts auf das Gemeinwohl.

(10) Ausbildung von kommunalen Beauftragten

Maßnahmen: Länder fördern die Einrichtung und Ausbildung von „Gemeinwohl-Koordinator:innen“ in Verwaltungen. Diese Beauftragten sind für die Koordination der Bilanzierung, Einbindung der Stakeholder und Monitoring von Verbesserungsmaßnahmen zuständig. Die Politik finanziert Qualifizierungsprogramme und stellt Fortbildungsmodule bereit.

Beispiele: Förderprogramm „Klimaschutzmanager:in in Kommunen“ – hier stellt der Bund Personalstellen für Klimaschutzkoordination bereit. Genauso könnten „Gemeinwohl-Manager:innen“ gefördert werden.

(b) Pilotprojekte & Modellkommunen

(11) Einrichtung von Leuchtturmprojekten, die gefördert und öffentlich sichtbar begleitet werden.

Maßnahmen: Bund oder Länder unterstützen gezielt Kommunen, die als erste eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen. Diese Modellkommunen werden finanziell gefördert, fachlich begleitet und ihre Ergebnisse werden öffentlich sichtbar gemacht (z. B. über Landesberichte, Fachveranstaltungen).

Beispiele: 10 Kommunen in Deutschland, insbesondere im ländlichen Raum, haben bereits eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Die ersten Gemeinden mit Gemeinwohl-Bilanzen in Voralberg (Österreich) wurden stark öffentlich begleitet und gelten bis heute als Vorreiter. In Valencia (Spanien) fördert die regionale Regierung Kommunen, die GWÖ-Bilanzen erstellen, und nutzt die Ergebnisse in ihrer Förderpolitik. In Deutschland gibt es die „Smart Cities Modellprojekte“, in welchen Kommunen finanziert werden, digitale Strategien zu entwickeln, die später als Best Practice verbreitet werden.

(c) Finanzielle Förderung / Anreizsysteme

(12) Zuschüsse für Kommunen, die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen

Maßnahmen: Analog zu den Klimaschutzkonzepten der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) könnten Kommunen direkte Zuschüsse für die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz beantragen. Hier kann die Kostenerstattung für externe Beratung, internen Koordination und Auditkosten gehören. Auch Folgebilanzen könnten in reduziertem Umfang gefördert werden, um Kontinuität zu sichern.

Beispiele: Bund fördert Kommunen bei der Erstellung von Klimaschutzkonzepten mit bis zu 65 %. Österreich, Vorarlberg: Landesförderungen haben mehrere Gemeinden bei der Erstellung von Gemeinwohl-Bilanzen unterstützt. Spanien, Valencia: Kommunen, die Gemeinwohl-Bilanzen erstellen, erhalten regionale Zuschüsse und politische Unterstützung.

(13) Bonus-System: Gemeinden erhalten bevorzugten Zugang

Maßnahmen: Gemeinden mit Gemeinwohl-Bilanz erhalten besseren Zugang zu Fördergeldern für Nachhaltigkeits- und Entwicklungsprojekte (z. B. zusätzliche Punkte im Auswahlverfahren). Integration in EU-Förderlogik: Nutzung von EFRE- und ESF-Mitteln (z.B. für nachhaltige Regionalentwicklung oder soziale Innovation). Die Gemeinwohl-Bilanz kann als Nachweis für die Förderwürdigkeit dienen. Kopplung an bestehende Programme: Kommunen mit Bilanz werden bei Städtebau-, Digitalisierungs- oder Infrastrukturprogrammen bevorzugt berücksichtigt.

Beispiele: Smart Cities Modellprojekte (BMI, Deutschland) - Kommunen mit klaren Nachhaltigkeitsstrategien hatten Vorteile bei der Auswahl. LEADER-Programme (EU) - Lokale Aktionsgruppen mit starken Nachhaltigkeitskonzepten wurden bevorzugt gefördert. Eine Gemeinwohl-Bilanz könnte hier analog wirken. In Andalusien (Spanien) gibt es Bonuspunkte für Kommunen mit Gemeinwohl-Bilanz bei regionalen Entwicklungsprogrammen.

Wirkung der Maßnahmen

Output:

- Kommunen erhalten erstmals systematische Beratung, Fördermöglichkeiten und Ansprechstellen zur Gemeinwohl-Bilanzierung.
- Zahlreiche Städte, Kreise und Gemeinden beginnen mit der Erstellung ihrer ersten Gemeinwohl-Bilanz.
- Fachpersonal (Gemeinwohl-Koordinator:innen) wird geschult und dauerhaft in Verwaltungen verankert.
- Gute Praxisbeispiele aus Pilotkommunen stehen als Vorbilder und Schulungsgrundlage zur Verfügung.
- Förderlogiken berücksichtigen die Gemeinwohl-Bilanz zunehmend als Qualitätsmerkmal.

Outcome:

- Gemeinwohl-Bilanzen werden zu einem etablierten Steuerungsinstrument in kommunaler Planung und Nachhaltigkeitspolitik.
- Verwaltungen verbessern ihre Transparenz, Wirksamkeit und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
- Fördermittel fließen gezielter in sozial-ökologische Projekte mit belegbarem Gemeinwohlbeitrag.
- Kommunen verankern Partizipation und Wirkungsorientierung dauerhaft in ihren Entscheidungsprozessen.

Impact:

- Städte und Gemeinden entwickeln sich zu messbar gemeinwohlorientierten

Lebensräumen.

- Kommunale Strategien orientieren sich stärker an sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und lokaler Resilienz.
- Deutschland etabliert sich als Vorreiter eines neuen Verständnisses von öffentlicher Steuerung – Erfolg wird nicht nur an Wachstum, sondern am Beitrag zum Gemeinwohl gemessen.

Kontakt über die Website der [Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschafts- und Finanzpolitik](#) zur UAG Unternehmerische Linke